

## **6. Beschluss aus der 34. Bezirksamtssitzung vom 15.09.2020**

### Gegenstand des Antrages:

Unterzeichnung der Grundsatzerklärung gegen Rassismus und Ausgrenzung

### Beschluss:

Das Bezirksamt beschließt, die nachfolgende „Grundsatzerklärung gegen Rassismus und Ausgrenzung“ zu unterzeichnen.

### Grundsatzerklärung gegen Rassismus und Ausgrenzung

Das Bezirksamt Spandau und die Beschäftigtenvertretungen im Bezirksamt Spandau erklären gemeinsam:

Wir betrachten Deutschland als eine offene Gesellschaft, die durch die Vielfalt verschiedener kultureller, religiöser und weltanschaulicher Lebensentwürfe bereichert wird, soweit diese sich im Rahmen der grundgesetzlichen Ordnung bewegen.

Wir bekennen uns zu Toleranz, Menschlichkeit, Demokratie, Wertschätzung und Respekt. Sie sind die Grundgedanken eines friedlichen Zusammenlebens und sollten eigentlich selbstverständlich sein. Die weltweiten Berichte über alltägliche rassistischen Diskriminierungserfahrungen zeigen aber leider das Gegenteil.

Wir verstehen es daher als unsere Aufgabe, jeder Form von Ausgrenzung, insbesondere Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, konsequent entgegenzutreten. Dies gilt z. B. auch dann, wenn Kundinnen und Kunden oder Beschäftigte aufgrund ihrer Hautfarbe sowie ethnischer oder nationaler Herkunft durch Dritte diskriminiert werden.

Wir bekennen uns ausdrücklich zu Inhalt und Geist des Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Die Wahrung der Würde eines jeden Menschen ist uns Bedürfnis und Auftrag zugleich.

Diese Grundsatzerklärung ist eine gemeinsame Verpflichtung für das Bezirksamtsgremium und die Beschäftigten des Bezirksamtes Spandau. Auch von unseren Kundinnen und Kunden erwarten wir ein entsprechendes Verhalten.